

Zeitschrift: Infos & Akzente

Band: 5 (1998)

Heft: 1

Artikel: Vielfalt der Schülerschaft an der Volksschule : alte Herausforderung in neuer Gestalt

Autor: Rosenmund, Moritz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-917336>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vielfalt der Schülerschaft an der Volksschule

Alte Herausforderung in neuer Gestalt

Seit ihrer Gründung hat es die Volksschule mit einer vielfältigen Schülerschaft zu tun gehabt. Kinder aus unterschiedlichsten familiären und sozialen Verhältnissen sollten zum Zwecke gemeinsamen Lernens zusammengeführt werden. Neueren Datums ist dagegen – zumindest für eine grosse Zahl von Gemeinden – der Umstand, dass die Vielfalt zunehmend auch eine Vielfalt der Muttersprachen und der Herkunftsländer geworden ist. Diese Situation stellt die Volksschule vor neue Herausforderungen, zumal breitere Kreise der Bevölkerung heute sensibel darauf reagieren.

In einer landesweiten, repräsentativen, Befragung im Jahr 1994 waren 52% der Befragten «eher» oder «voll einverstanden», dass Ausländerkinder in den Schulen zur Verminderung der Chancengleichheit zwischen Schweizer/innen und Ausländer/innen «speziell gefördert werden» sollten.¹ Nur drei Jahre später, 1997, vertraten noch 48% diese Auffassung.² Parallel dazu mehren sich die Anzeichen, dass die Bemühungen der Schule um die Integration und schulische Förderung ausländischer beziehungsweise fremdsprachiger Kinder zunehmend zu einem Thema der allgemeinen Parteipolitik werden und nicht mehr allein im Rahmen der Schulgemeinden verhandelt werden.

Situationsbilder

Wie sich die Situation heute aus der Sicht kommunaler Schulbehörden darstellt, wird zur Zeit in dem am Pestalozzianum durchgeführten Forschungsprojekt «Gemeindeschulen vor neuen Herausforderungen – migrationsbedingte Vielfalt als Problem und Lernanlass» untersucht.³ Erste Ergebnisse dazu werden demnächst in einer Broschüre veröffentlicht.⁴ Es handelt sich dabei um Ergebnisse einer schriftlichen Befragung

der Mitglieder kommunaler Schulbehörden in acht Kantonen. Einbezogen wurden rund 130 Schulgemeinden, in denen der Anteil ausländischer bzw. fremdsprachiger Kinder an der Volksschule über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegt.

Mitglieder von Schulbehörden sind nicht nur Träger einer örtlichen Bildungspolitik, die sich in konkreten Entscheidungen und Massnahmen niederschlägt, sondern auch eine Art Sensoren der Probleme und Anliegen vor Ort. Gegenüber dem Feld der Schule und des Unterrichts nehmen sie diese Funktion in ihrer Eigenschaft als Aufsichtspersonen wahr; gegenüber dem örtlichen Gemeinwesen sind sie in mancherlei Schulfragen Ansprechpartner der Bevölkerung, allen voran natürlich der Eltern. Es kann daher angenommen werden, dass sie ein recht genaues Bild der örtlichen Stimmungs- und Problemlage zu zeichnen vermögen.

Im Zusammenhang mit der erwähnten Forschung interessiert namentlich das Bild, das sich in Bezug auf die kulturelle Vielfalt der Schülerschaft ergibt. Hier nehmen die Befragten ein beträchtliches Mass an Besorgnis in der Frage wahr, ob die Unterrichtsziele wirklich erreicht

Von Moritz Rosenmund

werden. Sowohl einheimische Eltern als auch die Lehrerschaft haben – immer in der Wahrnehmung der antwortenden Behördemitglieder – etwelche Zweifel daran, dass die Ziele erreicht werden können. Und wenn solche Zweifel der Behörde vorgetragen werden, dann scheint der Hinweis auf den hohen Anteil an Kindern verschiedener Sprache und Herkunft ein häufig vorgebrachtes, wenn nicht gar das vorherrschende Argument zu sein. Die Ergebnisse zeigen somit, dass Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Volksschule, und das heisst am Schulerfolg der Kinder, heute oft mit der Anwesenheit von Immigrantenkinder in Zusammenhang gebracht werden. Die (sprach-)kulturelle Vielfalt der Schülerschaft wird als ein Faktor gesehen, der das Erreichen der Unterrichtsziele behindert. Obwohl damit in keiner Weise belegt oder gar bewiesen ist, dass kulturelle Vielfalt den Lernerfolg tatsächlich ungünstig beeinflusst, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Situation von manchen Beteiligten so gedeutet wird.

Die Befragten selbst teilen die beschriebene Auffassung nur in begrenztem Ausmass. Auf die Frage nach den Folgen der Vielfalt für die örtliche Volksschule er-

scheinen Zweifel an der Erreichbarkeit der Lehrplanziele erst an vierter Stelle – auf gleicher Höhe wie die Wahrnehmung der Chance, Toleranz und Verständnis für andere Lebensauffassungen Tag für Tag praktisch einzuüben. Als deutlich gravierender erscheinen in der Sicht der Behördenmitglieder die Aufwendungen organisatorischer und finanzieller Art, die der Schulgemeinde erwachsen, die Mehrbelastung der Lehrkräfte sowie die wachsenden Schwierigkeiten der Behörden, berechnete Bedürfnisse und Anliegen der Elternschaft unter einen Hut zu bringen.

Lösungsansätze

Genau dieser letzte Punkt macht deutlich, welche Folgen sich für die lokalen Behörden ergeben. Sie sehen sich einem beträchtlichen Erwartungsdruck ausgesetzt: Sie sollen «etwas» unternehmen, damit die Ziele wirklich erreicht werden; genauer: Sie sollen verhindern, dass sich die sprachliche und nationale Vielfalt der Schülerschaft – gemäss der oben beschriebenen Problemdeutung – in vermindertem Schulerfolg niederschlägt. In der Frage, wie sie das bewerkstelligen sollten, sehen sie sich allerdings recht unterschiedlichen Auffassungen gegenüber.

Während die einen Eltern die Einteilung bzw. Umteilung ihres Kindes in eine bestimmte Klasse oder ein bestimmtes Schulhaus verlangen, fordern andere eine Zusatzförderung der begabten Schüler/innen und wieder andere eine Sonderförderung ausländischer Kinder mit schulischen Lücken und Defiziten. Und während nach Einschätzung der Befragten für einen Teil der Lehrkräfte die Erhaltung des Leistungsniveaus erstes Anliegen ist, geht es anderen primär

um die Begrenzung und den Abbau der eigenen Belastung und wieder anderen um die Förderung des Integrationsprozesses zwischen einheimischen und ausländischen Schülerinnen und Schülern. Auch innerhalb der Behörden selbst gehen die Meinungen anscheinend erheb-

Die lokalen Schulbehörden sollen verhindern, dass sich die sprachliche und nationale Vielfalt der Schülerschaft in vermindertem Schulerfolg niederschlägt.

lich auseinander. Dies wird in den Antworten auf eine Frage deutlich, in der zehn Massnahmen vorgegeben wurden, aus denen die Befragten drei bezeichnen konnten, die ihrer Meinung nach «am besten geeignet» sind, um «Verbesserungen herbeizuführen». Die Antworten machen deutlich, dass Massnahmen, die auf eine Ausgrenzung hinauslaufen – namentlich die Einweisung in Sonderklassen (19% Zustimmung) – nicht zu den favorisierten Problemlösungsansätzen gehören. Demgegenüber setzen recht viele der befragten Behördenmitglieder, nämlich 54%, nach wie vor auf die «Schaffung von Stellen oder Pensen für gemeindeeigene pädagogische Zusatzlehrkräfte (z.B. Förderlehrer/innen; Deutsch für Fremdsprachige)». Grosse Erwartungen werden schliesslich in neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Schule selbst gesetzt: Sowohl die «Anregung und Förderung von Klassen- oder klassenübergreifenden Projekten» (39%) als auch die «Unterstützung von auf Dauer angelegten Kooperationsformen innerhalb der Lehrerschaft» (33%) werden klar zu denjenigen behördlichen Massnahmen gerechnet, die am ehesten Verbesserungen herbeiführen könnten. Fast scheint es, als

wollten viele Mitglieder kommunaler Schulbehörden einem neuen Weg zur Meisterung der neuen Herausforderung den Vorzug geben: dem Weg der inneren Entwicklung der lokalen Schule in Richtung vermehrter Zusammenarbeit. Dass dieser Weg nicht hindernisfrei ist

und nicht einseitig nur von der Behörde beschritten werden kann, weil er die Entscheidungskompetenz der Lehrkräfte tangiert, ist den Befragten offensichtlich klar. Bewusst ist ihnen auch, dass der Widerstand gegen andere Lösungsansätze, wie zum Beispiel Reglementsänderungen, ausgrenzenden Massnahmen oder gar einer grösseren Aufstockung der finanziellen und personellen Mittel, mindestens ebenso gross, wenn nicht erheblich grösser sein dürfte.

- 1 Nef, R. und M. Rosenmund. «Die Ausländer» im Bild der schweizerischen Bevölkerung. UNIVOX-Bericht Kultur. Zürich: GfS, 1995.
- 2 Nef, R. «Die Ausländer» im Bild der schweizerischen Bevölkerung. UNIVOX Teil I E 1997. Zürich: GfS/Social Insight, 1997.
- 3 Es handelt sich um das Projekt Nr. 4033 – 044'794, das im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 33 zur «Wirksamkeit unserer Bildungssysteme» durchgeführt wird.
- 4 Rosenmund, M. und R. Nef (Hrsg.). *Gemeindeschulen vor neuen Herausforderungen*. Bericht über eine schriftliche Befragung von Mitgliedern schweizerischer Schulbehörden im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 33. Zürich: Pestalozzianum Verlag, 1998. (Erscheint im Frühjahr 1998.)

Dr. Moritz Rosenmund ist Leiter der Fachstelle Schule & Erwachsenenbildung des Pestalozzianums und Leiter des NFP-33-Teilprojektes «Gemeindeschulen vor neuen Herausforderungen – migrationsbedingte Vielfalt als Problem und Lernanlass».